

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

40 (17.2.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile für 12 Plenum, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Plenum. Die Restzeilen-Millimeterzeile 60 Plenum. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtabnahme des Anzeigenpreises, bei gefälliger Dichtung und bei Kontur außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in der 1. Spalte der Anzeigen-Anzeige 8 Uhr vormittags.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, wöchentlich 41 Pf. Bezugsstellen: o. D. oder Z. 1.90 Mark o. Durch die Post 2.30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Gegen 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfach 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Melbstraße 28 o. Central 7020/7021 o. Volksfreund-Gesellschaft, Hauptstr. 6, D.-Baden, Jagdhausstr. 12; Kallat, Kellerei 2, Offenburg, Republikstr. 6

Nummer 40

Karlsruhe, Mittwoch, den 17. Februar 1932

52. Jahrgang

Schafft unverzüglich Arbeit!

Gesetzentwürfe der Sozialdemokratie zur Arbeitsbeschaffung - Forderungen der Gewerkschaften - Die Katastrophe auf dem Bauplatz - Was kann und soll geschehen?

Erfüllung Ihrer Versprechungen, Herr Reichskanzler!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag zwei Gesetzesentwürfe über die Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaus, sowie über die Umgestaltung der Hauszinssteuer ausgeben lassen.

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung ist größer denn je. Die Zahl der Erwerbslosen hat sechs Millionen überstiegen. Aus dem Rückgang der Ausfuhr, der trotz der wiederholten Lohnsenkung bereits eingeleitet hat, droht weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Infolge der strengen Eingriffe am Kapitalmarkt ist die innerdeutsche Kapitalbildung mangelhafter denn je, während weiter die Kapitalflucht trotz stärkerer Gegenmaßnahmen nicht zum Stillstand gebracht werden kann. Am schlimmsten ist die Lage im Baugewerbe. Während in Deutschland 1930 noch über 300 000 Wohnungen gebaut wurden, sind 1931 nur noch 200 000 errichtet worden. Im Jahre 1932 aber muß die Wohnungsbauarbeit fast gänzlich zum Erliegen kommen, weil weder private noch öffentliche Mittel zur Verfügung stehen. Schon im Jahre 1931 waren durchschnittlich 68 Prozent aller Bauarbeiter erwerbslos und gegenwärtig beträgt die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sogar 90 Prozent und mehr. Dazu kommt, daß auch die öffentliche Hand wegen der verschärften Finanznot nicht mehr bauen kann und die Errichtung von Verwaltungsneubauten durch Notverordnung ausdrücklich untersagt worden ist.

Andererseits ist der Bedarf an Kleinwohnungen zu erschwerenden Mieten nach wie vor groß. Die Tatsache, daß einige neuere Neubauwohnungen und eine größere Anzahl großer Wohnungen zur Zeit leerstehen, ist von den Gegnern des öffentlichen Wohnungsbaus dahin aufgefaßt worden, als ob in Deutschland überhaupt kein Bedarf an Neubauwohnungen mehr wäre. In Wahrheit muß man unter normalen Verhältnissen noch auf Jahre hinaus damit rechnen, daß in Deutschland jährlich 250 000 Neubauwohnungen gebaut werden, weil so viel Eheschließungen jährlich zu erwarten sind. Nur während der Dauer der Krise wird dieser Wohnungsbedarf nicht in vollem Umfange fühlbar, weil die Eheschließungen wegen der unruhigen wirtschaftlichen Verhältnisse fast eingestrichelt werden. Damit wird aber der Wohnungsbedarf nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben, und sobald die Krise vorübergeht, muß er sich in doppelter Maße bemerkbar machen. Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaus sind also zwei Fragen, die aufs engste miteinander zusammenhängen und die mit möglicher Beschleunigung gelöst werden müssen, wenn nicht eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise eintritt.

Diesem Ziel dienen die sozialdemokratischen Gesetzesentwürfe. Es kann nur erreicht werden, wenn die Mittel zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und der Bautätigkeit sofort bereitgestellt werden. Die Erdroffnung des öffentlichen Wohnungsbaus ist eingetreten, weil die Regierung Brüning die Hauszinssteuer abgebaut und den Hausbesitzern Milliarden an Steuererlassen in Aussicht gestellt hat. Durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 wird die Hauszinssteuer vom 1. April ab um 20 Prozent gemindert. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat angeordnet, daß die Hauszinssteuer vom 1. April 1932 und vom 1. April 1933 ab jeweils um weitere 25 Prozent abgebaut wird, und daß sie vom 1. April 1934 ab überhaupt in Fortfall kommen soll.

Die Sozialdemokratie ist die schärfste Gegnerin dieses Abbaus der Hauszinssteuer, der den Hausbesitzern in einer Zeit größter Finanznot ungeheure Sonderprofite ermöglichen würde. Es geht aber nicht an, die Senkung der Hauszinssteuer um 20 Prozent vom 1. April ds. Js. ab einfach wieder rückgängig zu machen, denn wir haben inzwischen die zehnprozentige Mietentlastung bekommen und die Hausbesitzer brauchen in der Regel die Ermäßigung der Hauszinssteuer, um die Mietentlastung tragen zu können. Infolgedessen schlägt die Sozialdemokratie in ihrem Gesetzesentwurf über die Umgestaltung der Hauszinssteuer vor, die Hauszinssteuer auf eine Belastung zu stellen. Die jährliche Hauszinssteuer wird in eine öffentliche Rentenschuld umgewandelt.

Die Rentenschuld soll 20 Jahre laufen und kann innerhalb dieser Zeit durch Zahlung eines entsprechenden Kapitalbetrags abgelöst werden. Durch genaue Anpassung der Rentenschuld an den Gewinn, den der einzelne Hausbesitzer durch die

Inflation gemacht hat, soll ein höheres Einkommen als bei der Hauszinssteuer erreicht werden, ohne daß eine allgemeine Mehrbelastung der Hausbesitzer eintritt. Um die kleinen Hausbesitzer zu schonen, ist bestimmt, daß die Häuser bis zu 5000 M. Friedenswert von der Rentenschuld vollständig frei werden, während bei den Grundstücken bis zu 10 000 M. Fortkriegswert jegliche Mehrbelastung gegenüber dem bisherigen Zustand ausgeschlossen werden soll. Selbstverständlich sind für die Erwerbslosen dieselben Vergünstigungen vorgesehen, wie bisher und ebenso soll für die leerstehenden Wohnräume wie bisher ein Erlass der Rentenschuld erfolgen.

Auf diese Weise wird erreicht, daß auch im Rechnungsjahr 1932 öffentliche Mittel für den Wohnungsbau verwendet werden können. Aber diese öffentlichen Mittel reichen nicht aus, um angesichts des völligen Darniederliegens des privaten Kapitalmarktes die Bautätigkeit genügend in Gang zu bringen. Deshalb sieht der sozialdemokratische Gesetzesentwurf über die Arbeitsbeschaffung vor, daß weitere Mittel für den Wohnungsbau durch Auflegung einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung flüssig gemacht werden sollen. Diese Reichsanleihe soll so gestaltet werden, daß sie insbesondere geeignet ist, das in großem Maße gehamferte Bargeld

aus den Sparstrümpfen wieder herauszulocken und wieder für die Wirtschaft nutzbar zu machen.

Von dem Ertrag sollen Zweidrittel für den Wohnungsbau, der Rest für andere öffentliche Bauten, insbesondere für Straßenbauten usw. verwendet werden. Die Vorarbeiten für diesen Gesetzesentwurf stehen vor dem Abschluß, und die Fraktion wird ihn in den nächsten Tagen ebenfalls im Reichstag einbringen.

Diese beiden Gesetzesvorlagen der Sozialdemokratie, die bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet sind, stellen gesetzgeberische Vorarbeiten von weittragender Bedeutung dar. Sie weisen einen Weg zur Arbeitsbeschaffung, der sofort gangbar ist. Dabei werden keinerlei Inflations- und Kreditexperimente gemacht, die im Ergebnis der Arbeiterschaft nur schädlich wäre und nichts nützen würde. Ebenso wenig werden utopische und wirtschaftsvernichtende Steuerpläne entworfen, mit denen die Kommunisten die breiten Massen einzufangen versuchen. Der Reichstag wird durch diese beiden Gesetzesentwürfe vor eine bedeutsame Entscheidung gestellt. Wenn er verhindern will, daß die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, und das Baugewerbe vollends zum Erliegen bringt, dann muß er diese Entwürfe mit größter Beschleunigung annehmen.

Die Gewerkschaften fordern

Der Bundesausschuß des A. D. G. B. beschloß am Dienstag, den Frankfurter Kongreß für die nächste Zeit als außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Der Kongreß wird zu geeigneter Stunde die Forderungen der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, voran den Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung unter Einbeziehung des Ansehens der Bewegung vor der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Einberufung des Kongresses ist der Bundesvorstand beauftragt.

Die Beratungen des Ausschusses über die Frage der Arbeitsbeschaffung fand am Dienstag einen Abschluß mit der einstimmigen Annahme folgender Entscheidung:

„Die in den letzten 1 1/2 Jahren zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.“

Von 2,7 Millionen im Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf über sechs Millionen angewachsen. Die gewalttätige Herabsetzung der Löhne und sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe verheerlich um den Abstieg ihrer Produktion ringen. Auch der Export der Reichsregierung, der Lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdruck des Auslandes die verheerliche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 vom Hundert. Die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 vom Hundert. Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechen den Schritten zu zucken der Arbeiterschaft verpflichtete. Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlüsseltrieb unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtlichste Mißerfolg der Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiet der Währungs-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bis heute vergeblich. Insbesondere ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsverhältnisse (40-Stundenwoche) trotz der ihr durch die Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden. Die allgemeine Befürzung der Arbeiterschaft, die einheitliche Bekämpfung des Doppelverdienens erfordert nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften erkennen nach wie vor die Notwendigkeit der allgemeinen Weltwirtschaftspolitik durch eine offene Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht

dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung. Aber nötiger als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Umfangs.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindbaren Hindernisse entgegen. Den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen muß endlich eine positive Politik der Wirtschaftsförderung folgen. Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reichs, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperlichkeiten das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reich sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im In- und Ausland wieder herstellen.“

Starke Außenhandelschrumpfung

Im Monat Januar betrug die tatsächliche Einfuhr (alle Ziffern in Millionen Reichsmark) 425,0. Sie ist gegenüber dem Vormonat um 65,0 zurückgegangen, was sich zunächst durch das weitere Abflauen der Preise erklärt. Die Ausfuhr hat sich von 708,0 im Dezember (ausgewiesen 738,0), d. h. einschließlich 30,0 nachträgliche Sammelanschiebungen) auf 542,0 im Januar vermindert. Davon betragen Reparationsgüternlieferungen 12,0 (28,0). Für die Gesamtfuhr ergibt sich demnach ein Ausfuhrüberschuss um 166,0, woran die Fertige waren mit 143,0 beteiligt sind.

Dem Werte nach beträgt die Abnahme der Ausfuhr 23 Pros. Der mengenmäßige Rückgang ist etwas geringer, er ist durch die hemmenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen im internationalen Warenaustausch bedingt.

Die Handelsbilanz zeigt im Januar einen tatsächlichen Ausfuhrüberschuss von 105,0; einschließlich der Reparationsgüternlieferungen ist die Handelsbilanz tatsächlich aktiv (gegenüber 218,0 im Dezember bei Abhebung der damaligen Sammelanschiebungen).

Das Kennzeichen der Januarbilanz ist eine fürchterliche Schrumpfung der Ein- und Ausfuhr. Das sind die Wirkungen der fortschreitenden Zerstörung des Welthandels durch Währungsverschlechterungen, Zoll-erhöhungen usw. Aber auch die Wirkungen der unbegreiflichen und selbstmörderischen deutschen Handelspolitik, wie sie sich in der Erhöhung des Butterzolls zeigt. Schließlich ist die Schrumpfung in unserem Außenhandel die Quittung für die Lohnpolitik der Unternehmer und der Regierung. Es hat sich gezeigt, was wir immer sagten, daß man mit Lohn- und Preisdruck nichts gegen die Schrumpfungstendenz im Welthandel zu richten kann.

Das blutige Bürgerkriegsspiel

Diebstahl eines SA-Mannes

Frankfurt a. M., 16. Febr. (Eig. Draht.) Eine neue diebstahlige Aktion wird aus dem Westend gemeldet. Dort hat ein SA-Mann einen jungen Arbeiter durch einen Messerstich getötet und zwei andere Arbeiter durch Messerstiche schwer verletzt.

Kommunistischer Feuerüberfall auf Polizei

Hamburg, 16. Febr. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Dienstag unternahm ein kommunistischer Feuerüberfall auf Polizeibeamte. Ein Polizeiwachmeister wurde schwer verletzt.

Bluttaten der beiden Extreme vor dem heftigen Landtag

Darmstadt, 16. Febr. (Eig. Draht.) Im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Naziabgeordneten des heftigen Landtags wurden am Dienstag zwei Kommunisten verhaftet, die vor wenigen Tagen mit Buttlar und vier Reichsbannerleuten vor Gericht gestanden haben und zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Die Täterschaft der beiden Kommunisten ist jedoch sehr fraglich. Nazi-Buttlar ist übrigens wegen qualifizierten Diebstahls mehrfach mit zwei und drei Monaten Gefängnis vorbestraft.

In der Dienstausschussung des heftigen Landtags nahm der Führer der Nazi-Fraktion das Attentat auf Buttlar zum Anlaß von Drohungen gegen die „unerschrockene Regierung“. Entweder würden exemplarische Maßnahmen gegen die „marxistischen Mörder“ ergriffen, oder die Nationalsozialisten müßten selbst die Mittel ergreifen, die „die Mörder und ihre Genossen“ zur Ration bringen.

Staatspräsident Deluna wies die Äußerungen des Nazi-Führers entschieden zurück. Die Regierung habe ihre Pflicht getan und werde sie weiterhin tun ohne Ansehen der Person und der Partei. Im übrigen liege nicht nur ein Abgeordneter wegen einer Schußverletzung im Krankenhaus. Der andere ist der Abgeordnete Schäfer, der in Jwidau eine Schußverletzung erlitten hat.

Der Kommunist Rost erklärte, der Täter sei bei der Nazi-Teme selbst zu suchen.

Der Führer der SPD, Abg. Sinnkann stellte fest, daß die Nazis die letzten seien, die sich über Bluttaten zu beschweren hätten, da ihre Führer in allen öffentlichen Versammlungen Gewalt predigten. Die Sozialdemokratie bewahre den Vorfall, werde aber die Unterjochung in aller Ruhe abwarten.

Hinter der Fassade des Hakenkreuzes

München, 15. Febr. (SP.)

Die sogenannte SS, die Schutzstaffel, ist die Prätorianer-Garde Hitlers, die zu seinem besonderen Schutz bestimmt ist. Ihr Verhältnis zu der SA soll sein wie das Verhältnis der feudalen Garderegimenter vor dem Kriege zu den gemeinen Linienregimentern. In dieser Garde herrscht nach der nationalsozialistischen Legende Disziplin, Kameradschaft, Vertrauen, sie legt sich nur aus wahrhaft edlen Menschen zusammen. Hinter der Fassade ist das Bild anders.

Vor einem Münchener Gericht wurde über einen Krawall im Braunen Haus verhandelt. Ein SS-Mann, ein Student, der Wache im Braunen Haus zu schließen hatte, geriet in Differenzen mit seinem „Vorgesetzten“. Er leistete eine Beschwerde gegen ihn in Umlauf. Darauf wurde er vorgeladen. Der „Vorgesetzte“, ein Kaufmann, verlangte von ihm, daß er kramm liehe. Er antwortete: „Das habe ich nicht nötig. Unter Fas, gibt es kein Strammstehen.“ Darauf erhielt er Fußtritte und Faustschläge und der „Vorgesetzte“ schrie ihn an:

„Sie Knochel, Mistlerl, Saufel, Bierengel, Sie wollen Student sein. Sie Büchschien, Sie aragruiner Affel!“

Wir haben in der Nazi-Propaganda immer gelesen, daß namentlich die Nazis Studenten das edelste Blut Deutschlands, die Hoffnung Deutschlands darstellen. Nun hören wir, daß sie aragruiner Affen, Knochel, und Saufel sind! Wichtig ist immer das, was man nicht sehen und nicht hören soll, und so verzeihen wir die Wahrheit dessen, was dieser Bild hinter die Fassade enthüllt hat.

Scharfe Schweizerische Kritik an Gröner-Brüning

Der Nationalsozialismus in der Reichswehr

Die Neue Züricher Zeitung äußert scharfe Bedenken gegen den Erlass des Reichswehrministers Gröner, Nationalsozialisten in die Reichswehr aufzunehmen, indem sie die Bedeutung dieses Erlasses wie folgt unterstreicht:

„Die politische Tragweite von Grönners neuen Richtlinien kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie stellen den größten Erfolg dar, den der Nationalsozialismus seit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 errungen hat. Der Reichsminister Dr. Brüning und der Reichswehr- und Reichsinnenminister Gröner haben dem verheerenden Gebilde der demokratischen Republik einen entscheidenden Schlag versetzt. Die indirekte Wirkung wird größer sein als die direkte. Denn es ist verhältnismäßig leicht möglich, daß von jetzt an eingeschriebene Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei in die Reichswehr aufgenommen werden können. Wesentlich dagegen ist es, daß die vielen jetzigen Angehörigen der Reichswehr, besonders des Offizierskorps, die heimlich mit den Nationalsozialisten sympathisieren, und lediglich durch den militärischen Disziplinbegriff mit dem „Weimarer System“ verbunden waren, nunmehr offen, von der letzten inneren Fessel befreit, sich zu Hitler betonen dürfen. Diese Situation hat zweifellos den Vorzug der Klarheit, den sonst das gesamte öffentliche Leben Deutschlands heute entbehrt. Ungeklärt dagegen bleibt die Frage, warum der Reichsminister den Nationalsozialisten, die er noch vor zwei Monaten öffentlich bekämpfte, zu diesem großen Erfolge verholfen hat.“

Hieran anschließend spricht die Neue Züricher Zeitung ihre Bewunderung aus, daß man in republikanischen Kreisen diese politische Schwermütigkeit der Reichswehr so ruhig hinnehmen und fährt dann fort, „wenn die republikanischen Parteien es dulden, daß eine politische Frage erster Ordnung gegen sie entschieden wird, dann schillern sie von einem „Neueren Meßel“ zum andern in das „Dritte Reich“ hinein, das freilich sie nicht mehr „tolerieren“ wird.“

Wir wollen hoffen, daß diese Mahnung eines ausländischen republikanischen Blattes, das bei dieser Gelegenheit seine schärfsten Bedenken darüber zum Ausdruck bringt, ob Brüning den Weg ins Licht finden“ werde, die republikanischen Kreise auch außerhalb der Sozialdemokratie veranlassen wird, sich endlich zu einer mannhaften republikanischen Politik aufzuraffen.

Stand der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums am 31. Januar 1932 1856,8 Millionen Reichsmark gegenüber 1912, 6 Millionen Reichsmark am 31. Dezember 1931.

Laval gestürzt

Unerwartete Kabinettskrise in Frankreich

Paris, 16. Febr. (Eig. Draht.) Der Senat hat am Dienstag nachmittag um halb 5 Uhr die Regierung Laval gestürzt, indem er sich mit 157 gegen 134 Stimmen weigerte, dem mit der Stellung der Vertrauensfrage verbundenen Antrag des Ministerpräsidenten zu entsprechen, und die Debatte über die Interpellation des Senators Peyronnet zu vertagen.

Die Niederlage der Regierung kam unerwartet und erfolgte unter Umständen, wie sie in der Geschichte des französischen Parlamentarismus einzig dastehen dürfte, denn dem Votum des Senats ging keine Debatte voraus, der der Ministerpräsident Laval mit allen Mitteln auszuweichen versuchte. Die Regierung, sich offen über die innerpolitische Lage auszusprechen und die Tatsache, daß der Ministerpräsident dem Senat in sehr kurzen Erklärungen in einer Weise behandelte, die in der Kammer üblich ist, und daß er dabei in äußerst ungeschickter Form eine Kombination zwischen Tardieu und dem ihm befreundeten Interpellanten Peyronnet aufdeckte, löste in der Mehrheit des Senats einen ungeheuren Empörungsursturm aus. Das Misstrauensvotum des Senats richtete sich daher im Grunde genommen nicht gegen die ganze Regierung, sondern gegen die Person des Ministerpräsidenten Laval.

Als der Ministerpräsident um halb 3 Uhr in den Wandelgängen des Senats erschien, trug er eine von keiner Welle getriebene Zuerst über den Ausgang der Debatte zur Schau. Er unterließ sich lächelnd mit Senatoren, Abgeordneten und Journalisten und erklärte, er habe volles Vertrauen darauf, daß der Senat in einer in erster internationalen Lage keine Ministerkrise hervorrufen und damit die Interessen Frankreichs schädigen würde.

Als die Glocke um 3 Uhr den Beginn der Sitzung ankündigte, war das Haus gefüllt. Die Tribünen waren ebenfalls bis auf den letzten Stuhl besetzt. Gleich zu Beginn der Sitzung setzte er sich, daß die Stimmung im Hause der Regierung nicht günstig war. Als Innenminister Galata auf den Tisch des Hauses den von der Kammer angenommenen Wahlreformentwurf niederlegte, entstand auf der linken und im Zentrum ein fürchterlicher Lärm, der jedoch schnell vorüberging. Der Präsident verlas dann die Interpellation des Senators Peyronnet und stellte an die Regierung die Frage, welches Datum sie für die Debatte vorschläge.

Ministerpräsident Laval, durch Zurufe von der linken gewunnen, die Tribüne zu besteigen, erklärte:

„Der Senat wird der Meinung sein, daß diese Debatte vertagt werden kann. Die Generaldebatte und unsere Delegation wird bald genutzten sein, auf den Abklärungsantrag einer fremden Nation (gemeint ist Deutschland) zu antworten, um die Stellungnahme Frankreichs noch einmal zu präzisieren. Ich will der Debatte in keiner Weise ausweichen und ich werde mich über alle innerpolitischen Zwischenfälle der letzten Zeit ausprechen. Aber im Interesse des Landes möchte ich es für richtig, die Diskussion bis nach dem Schluß der Generaldebatte in Genf zu vertagen. Was das Datum anbelangt, bin ich darüber einig...“ (Großer Lärm auf der linken. Man hört mehrmals Zwischenrufe: „Mit wem sind Sie einig?“ Laval: „Ich bin mit dem Senat, wenn er für mich stimmt, darüber einig, daß die Debatte am Freitag, den 26. Februar, stattfindet.“)

Die Rechte klatscht Beifall, die Linke lärm und ruft: „Sofortige Beratung.“

Der radikale Senator Renard beantragte darauf, die Debatte sofort zu beginnen.

Der Präsident läßt jetzt mit Handaufheben über den Vertagungsantrag abstimmen.

Da das Ergebnis zweifelhaft war, mußte namentliche Abstimmung erfolgen.

Die Vertagung wurde mit 154 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

Statt sich nun mit der sofortigen Beratung einverstanden zu erklären (der Präsident erteilte bereits Senator Peyronnet das Wort), erhob sich Ministerpräsident Laval zu einer Erklärung, die sein Schicksal besiegelte. Er sagte von keinem Platz aus:

„Der Senat hat es abgelehnt, die Diskussion bis nach Schluß der Generaldebatte zu vertagen. Morgen wird zweifellos eine fremde Nation ihren Standpunkt in der Abstimmungstrage auseinandersetzen. Ich appelliere an das Gewissen meiner Kollegen (oh! oh! links; Beifall rechts) und bitte Sie darum, die Diskussion wenigstens bis Freitag, den 19. Februar, aufzuschieben. Ich stelle für die Annahme dieses Antrags die Vertrauensfrage. Die Interpellation Peyronnets betrifft nur innerpolitische Zwischenfälle. Ich glaube, daß der Führer unserer Delegation in Genf heute noch mit Senator Peyronnet in telefonischer Verbindung geblieben hat (ungeheurer Lärm und Protest links; der Minister wird durch Zurufe aufgefordert, die Tribüne zu besteigen) und daß Peyronnet auf Grund seiner Aussprache mit Tardieu entschlossen ist, die Vertagung der Interpellation anzunehmen. Ich appelliere an das Gewissen Peyronnets. Sie (zu der linken) haben heute die Wahl zwischen ihren Leidenschaften und dem nationalen Interesse.“

Dieser letzte Satz, der von der linken als Herausforderung betrachtet und mit großem Lärm aufgenommen wurde, schlug dem Fuß den Boden aus.

Die Abstimmung über die Vertagung bis zum 19. Februar ergab 134 Stimmen für und 157 Stimmen gegen die Regierung. Die Vertagung des Ergebnisses durch den Präsidenten wurde ohne jede Kundgebung auf der rechten und der linken angenommen. Die Regierung verließ darauf im Ganemarium unter Führung Laval

Wirtschaftsvorstoß Oesterreichs

Wien, 16. Febr. Bundeskanzler Dr. Buresch hat heute dem Gesandten Deutschlands, Ungarns, Frankreichs und Italiens und anschließend dem diplomatischen Vertreter der übrigen Staaten empfangen und ihnen in einer längeren Regierungserklärung mitgeteilt, daß Oesterreich unbedingt einer Erweiterung seines Arbeitsraumes bedarf. Die österreichische Regierung erklärt deshalb, daß sie mit allen Staaten, die dazu bereit sind, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten wünsche. Der Bundeskanzler ersuchte die Gesandten, ihren Regierungen davon Kenntnis zu geben und sie zu bitten, die Vertretungen der österreichischen Bundesregierung weitestgehend zu fördern.

Scharfe Kontrolle der Auslandsreisenden in der Schweiz

D. S. Friedrichshafen, 16. Febr. Seit Samstag abend ist im Verkehr von Deutschland nach der Schweiz wiederum, wie zur Zeit des Krieges eine Ausreisungskontrolle aller Reisenden eingeführt worden. Die Schiffe nach der Schweiz dürfen daher ohne vorherige Pass- und Zollkontrolle deutscherseits nicht

in lautiester Stille den Saal, worauf sich der Senat auf unbestimmte Zeit vertagte.

Um halb 6 Uhr überreichte Laval dem Präsidenten der Republik sein Rücktrittsgesuch. Doumer dankte die Minister für ihre Mitarbeit und bat sie, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Doumer begann noch am Dienstag abend mit den Besprechungen zur Lösung der Regierungskrise.

Bemühungen um eine Konzentrationsregierung

Paris, 16. Febr. Im Senat hatte man den Eindruck, daß die Senatoren, die gegen die Regierung gestimmt haben, dies weniger aus rein innerpolitischen Erwägungen getan haben, als deshalb, weil sie noch einmal versuchen wollten, eine Regierung weitestgehender Konzentration zu bilden.

Auch in der Kammer vertrat man nach Savas die Ansicht, daß der Senat durch seine Stimmaabgabe den Wunsch habe bekunden wollen, eine Annäherung zwischen den verschiedenen republikanischen Kameralfaktionen zu ermöglichen. Die Abgeordneten der bisherigen Mehrheitsparteien sollen nicht absagen sein, sondern an einer weitgehenden Konzentration zu beteiligen. Gemisste Mitglieder der Minderheitsparteien erklärten sich grundsätzlich zur Bildung einer Konzentrationsregierung bereit, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die radikale Fraktion daran teilnehmen müsse.

In den Wandelgängen der Kammer wurden für die Regierungsbildung in erster Linie die Senatoren Paul Boncour, Louis Barthou und Albert Sarraut genannt. Laval teilte heute abend mit, daß Kriegsminister Tardieu Genf verlassen, und am Freitag in Paris eintreffen werde. Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bewauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf auf dem Spiele stünden, die Verantwortung übernehmen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu führen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedanke.

Wenn auch diese französische Kabinettskrise überaus unmarkt kommt, so ist doch anzunehmen, daß hinter ihren Ursachen ein festgelegtes Ziel steht. Mehr als irgendwie seit Jahren befindet sich das französische Volk im gegenwärtigen Augenblick in einer starken Unruhe, die sowohl wirtschaftliche als auch außenpolitische Hintergründe hat. Frankreich, das bisher gewissermaßen als gegen die Wirtschaftskrise gestützt, wird in letzter Zeit zusehends von der Wirtschaftskrise bedroht, und das französische Volk wünscht daher eine Initiative zur Herabhaltung der nunmehr auch Frankreich bedrohenden Gefahren. Ueber diese Frage hinaus beschäftigt jedoch Frankreich zur Zeit die Außenpolitik in sehr hohem Maße. Die Zunahme der Hitlerbewegung in Deutschland, vom französischen Volk als eine Gefahr für den Weltfrieden betrachtet, gegen dessen Bedrohung es sich sichern möchte. Angesichts der Tatsache, daß das Völkertum in allen Staaten die Sicherung des Friedens stark von nationalstaatlichen Rezepten erwartet, ist daher auch das französische Völkertum von der nationalstaatlichen Doktrin gefangen, trotzdem es davon müßte, daß eine wirkliche Verhängung Deutschlands und Frankreichs für den Weltfrieden mehr bedeuten würde als jegliche „nationale Sicherung“.

Laval ist jedoch heute Gefangener seiner Rechtsmehrheit und konnte daher die Ketten nicht durchbrechen, ja im Gegenteil machte sich durch die Wahlreform noch mehr als bisher zum Diener seiner Rechten, bis jetzt durch seinen Sturz dieser Knoten durchfallen wird. Allem Anschein nach verliert nunmehr die Rechte durch ein Kartell der Rechtsparteien, durch eine Konzentrationsregierung (von Laval oder einem anderen geführt) ein für die demnächstigen französischen Wahlen günstiges Wahlfeld zu ebnen. Zweifellos werden jedoch die französischen Wahlen in der Nähe von den Vorgängen in Deutschland beeinflusst. Eine Niederlage des deutschen Faschismus durch die Präsidentenwahl und bei den preußischen Wahlen würde zweifellos auch eine Niederlage des französischen Nationalismus bedeuten und umgekehrt. So hat der deutsche Wähler auch den Schlüssel für die kommende französische Wahl in Händen.

Es wird daher Aufgabe der deutschen Wähler sein, am 13. März zu beweisen, daß das deutsche Volk ein Feind des Faschismus und kriegerischer Abenteuer ist und sein Leben danach geht, durch Demokratie und Frieden für einen friedlichen Aufbau seiner Wirtschaft und der Welt zu kämpfen. Die deutschen Wahlen werden daher auch das Schicksal der französischen Regierung bestimmen, gleichwohl, was für ein Kabinett in Frankreich jetzt für die kurze Zeit werden den französischen Wahlen gebildet wird.

mehr betreten werden. Die Kontrolle wird sehr scharf gehandhabt und bezieht sich in erster Linie auf Devisen.

Unruhen in Spanien

Madrid, 16. Febr. (Eig. Draht.) In Tarazona demütigten sich Aufständische des Katholiken und erklärten die Sowjetrepublik. Sie belagerten zugleich die Kasernen der Zivilgarde, bis diese durch reguläre Truppen befreit wurden. Neun Personen wurden verwundet, 26 verhaftet.

In Sevilla ist ein Generalstreik ausgedroht. In Montevideo kam es zu einer Schieberei zwischen Polizei und Sanitätspersonen. Zwei Personen wurden verwundet. In Zaragozza sind schwere Unruhen ausgebrochen, die von Barcelona aus dirigiert werden. Es gab einen Toten und sechs Verwundete. In Malaga wurde ein großer Bombenfund gemacht.

San Sebastian, 16. Febr. Der führende Republikaner Ciriacu Cabana ist in der Nähe von Zarauz von einem Nationalisten getötet worden. Weitere baskische Nationalisten, die den Mörder begleiteten, traten mit dem Führer der Leiche des Ermordeten herum. Dieser Mord hat in der Regierung von Zarauz große Empörung hervorgerufen und man befürchtet eine Geneseaktion der Republikaner der Gegend. Zwei Täter wurden verhaftet.

Achtung! Achtung!

Samstag, den 20. Februar, abends 20 Uhr, im großen Saal der Städtischen Festhalle

Generalappell und Aufmarsch der Eisernen Front

Massen heraus! Tritt gefaßt!

Freistaat Baden Kampf dem Radikalismus

In einer in München von der Bayerischen Volkspartei veranstalteten Massenversammlung sprach der badische Reichstagsabgeordnete Dr. Föhr. Er führte unter stürmischem Beifall aus:

„Man verwahre sich im Süden gegen jeden Versuch einer „troden Reichsreform“ und würde es sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß durch einen Volksentscheid eine preußische Mehrheit von Norden her die gesunden Verhältnisse im Süden gewaltsam umstürze.“

Stürmische Zustimmung rief die Versicherung hervor, wenn der Radikalismus die Staatsregierung bedrohe, so werde er im ganzen deutschen Süden auf erbitterten Widerstand und schärfste Verteidigung der Rechts- und Staatsordnung stoßen. Die drei süddeutschen Länder würden bei einer Gefährdung der Ordnung voll auf dem Posten sein. Darauf könne sich die Reichsregierung verlassen. Das dürfe auch der Radikalismus sich gelastet sein lassen. Entschlossene Abwehr mit eisernen Mitteln der Verteidigung sei das Gebot der Stunde.

Wo können wir wohl, wenn wir nach nationalsozialistischem Recht regiert werden wären? Wo können wir hin, wenn statt der vorläufigen Zielarbeit im Vorterritorium der Nationalsozialisten Deutschland sich wieder mit der Welt verprelle, auch mit denjenigen, die verständnisvoll der deutschen Lage gegenüberstehen?“

Regierungsdenkschrift über Amtsgerichte, Notariate, Grundbuchämter

Das Badische Staatsministerium hat heute dem Landtag eine Denkschrift über die Ergebnisse der Zusammenlegung von Amtsgerichten, Notariaten und Grundbuchämtern vorgelegt. Baden hat 60 Amtsgerichte und zwar 34 mit einem Richter, 12 mit zwei Richtern, 2 mit drei Richtern, 5 mit vier Richtern, 1 mit acht Richtern, 2 mit neun Richtern, 1 mit fünfzehn Richtern und 1 mit einundzwanzig Richtern. Während die Zahl der Amtsgerichte in Baden und Württemberg fast gleich ist, obwohl Württemberg eine viel größere Bevölkerung als Baden hat, ist die Zahl der Amtsrichter in Württemberg 256, in Baden dagegen nur 154, fast also in Württemberg um 102 größer als in Baden. Dagegen ist in Baden die Besetzung der Amtsgerichte mit gehobenen mittleren Beamten um 70 stärker als in Württemberg, während Württemberg wiederum 206 Beamte des einfachen mittleren Dienstes bei den Amtsgerichten mehr beschäftigt als Baden.

Die Zahl der nur mit einem Richter besetzten Amtsgerichte ist in Baden auffallend groß: 34 gegenüber nur 7 in Württemberg. Der Besetzungszustand der 34 mit nur einem Richter besetzten Amtsgerichte ist sehr verschieden. Rein juristisch betrachtet, wäre eine Reihe von nicht vollbeschäftigten Amtsgerichten aufzuhebungsreif.

In der Denkschrift wird eingehend beleuchtet, wie bei der Mitverrechnung von Amtsgerichten durch Richter beschaffter Gerichte die Ausgaben für eine Richterstelle wegfallen, die Mitverrechnung eines Amtsgerichts durch benachbarter Richter aber auch eine Ausgabenerhöhung mit sich bringt. Würde die von der Sparkommission angedachte Aufhebung der Amtsgerichte Adelsheim oder Borsdorf, Eberbach, Neudorf, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gengenbach, Bonndorf, St. Blasien, Müllersdorf oder Wehrbach und Staufen erfolgen, so würde sich für den Staat eine Gesamterparnis von 144 900 M. ergeben, der sich aber um den nicht unwesentlichen Betrag vermindert, um den sich die dem Staat zur Last bleibenden Steuern- und Sachverständigengebühren wegen der größeren Entfernung der Orte des einen, eingesetzten Amtsgerichtsbezirks vom neuen Amtort erhöhen.

Die Gesamterparnis sei aber nicht so hoch, daß dadurch die Nachteile allgemeiner Art und die Mehrbelastung der rechtlichenden Bevölkerung auszuwägen würden. Der Staat würde sparen, aber die Amtsstadt würde verlieren und die rechtlichende Bevölkerung würde hinausgerückt. In Frage kämen für die Mitverrechnung nur Borsdorf durch Adelsheim oder umgekehrt, Eppingen durch Breiten, Philippsburg durch Bruchsal, Gernsbach durch Rastatt, Gengenbach durch Offenburg, Staufen durch Müllersdorf und Wehrbach durch Müllersdorf oder umgekehrt. Es könnten hiernach sieben Richterstellen allmählich von diesen Amtsgerichten mit einem Richter weggenommen werden. Die Erparnis betrüge bei endgültiger Aufhebung dieser Richterstellen nach Abzug der zuwachsenden Kosten und Aufwendungen für Stellenerfüllung 45 200 M.

Der zweite Teil der Denkschrift hat die Notariate zum Gegenstand. Baden hat 75 Notariate. Von diesen befinden sich 80 an Amtsgerichtsstellen, 15 außerhalb dieser. Es sind zur Zeit besetzt 44 mit einem Notar, darunter 15 Außennotariate, 23 mit zwei Notaren, 3 mit drei Notaren, 3 mit vier Notaren und 2 mit sechs Notaren. Das Notariat Gerolzhofen wird zur Zeit vom Notariat Laubersheim mitverleiert. Das Notariat Sietzen a. d. Mark wird zum Teil vom Notariat Neffelsheim mitverleiert. Das Notariat Weinsbüchelheim bleibt bestehen, weil die Gemeinde dort finanzielle Beihilfe leistet. Die vorgeschlagene Verlegung des Notariats Oberrotweil nach Breisach und der Notariate Görwisch und Griesen nach Waldshut kommt nicht in Frage.

Der Teil 3 der Denkschrift umfaßt die Grundbuchämter. Infolge des außerordentlich starken Widerstandes der Gemeinden gegen die Aufhebung der kleinen Grundbuchämter ist das Justizministerium zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich die Aufhebung in dem Umfang, wie sie das Sparaussehen vorläßt, nicht durchführen lasse.

13. Heidelberg, 16. Febr. Der 6. Kongreß der Internationalen Vereinigung europäischer Suderrübenpflanzer (E.V.E.) wurde in Anwesenheit von 75 Teilnehmern aus elf europäischen Ländern in der Heidelberger Stadthalle durch den Präsidenten, Monmurel, Paris eröffnet.

Nach Darlegungen verschiedener Redner zu der zur Debatte stehenden Frage wurde eine Entschließung angenommen, in der gelangt wird, daß die Suderrübenbauende Landwirtschaft an die extreme Grenze ihres Bestehens gelangt ist. Alle Länder werden ermahnt, soweit sie dem Chabbourne-Abkommen noch nicht beigetreten sind, dies zu tun und größte Anstrengungen zu machen, um den Suderrübenbau zu leben.

Hitler als Professor der Pädagogik

Nazi-Erziehungsarbeit

Nach neuerlichen Meldungen soll der braunschweigische Reichstagsabgeordnete Klagges beabsichtigen — sofern ihm eine andere Lösung nicht möglich ist —, Hitler zum Professor der Erziehungslehre an der Technischen Hochschule in Braunschweig zu machen. Der praktische Beweis für diese Befähigung gilt wohl an Hand des nationalsozialistischen Erziehungslehre als erbracht. Nun handelt es sich darum, noch den theoretischen Befähigungsnachweis zu erbringen, wozu wohl nachstehende uns zugegangene Vorgänge beigezogen werden:

Wie die Nationalsozialisten ihre Führer „schulen“

Man schreibt uns: Im SA-Mann Folge 6 vom Jahre 1932 gibt der Standardführer Dr. W. (Bartisch), Leiter der Gaufruchtvereine Baden, eine Schilderung des Lebens und Wirkens auf dieser Schule und betont dabei, daß die „weitere Ergänzung der „geistigen Schulung“ durch aktive Beschäftigung mit der Gemeinschaftsarbeit des Sprechers“ gebildet werde.

Welcher Art die „geistige Schulung“ der kommenden Führer der SA, die teilweise noch im jugendlichen Alter stehen, ist, geht aus folgendem Sprechers hervor, der nach Angabe eines

Adolfs Weg zur Macht



Die letzte Stufe ist etwas hoch auszufallen!

Teilnehmers in einem der letzten Kurse unter Mitwirkung von Dr. Bartisch dort eingeleitet wurde:

Ministerportrait — Fahnenred — Symbol Kameradschaft — Robi Die Spindel auf der Nazis Spulen Belohnung selbst mit goldenen Uhren! Der also denkt, wer ist er? Des Reichs Wehrministers.

In dieser Hand das Rechnungsbuch, In jener Hand den Stift. Hier vorwärts, dort Germania — Und sie verprügeln Gift! Der Feind steht rechts, Ihm sieht der Strich: Das ist des Kanzlers Politik. Max und Moritz machen Streiche Und sie endeten als Leiche — Also lehrte uns Wilhelm Busch, Sagt erst Adolf Hitler: „Kusch“, Dann heißt es Spring Lieber die Kling Max — Braun und Moritz — Severina.

Im Manuskript folgt dann ein Vers über den Polizeivizepräsidenten Weich in Berlin und dann geht es weiter:

Diätisch, Diätisch, Du böser Missetäter, Wenn du wo redest, Du Nazi löst, Du brauner Sonnenschein Für deine Demokraten, Die Wirtschaft ist in höchem Schuß — Das ist dein fester Schicksalschmus. Man wird dich drum nicht hängen, Kann man denn mehr verlangen, Von einem, den der Teufel schuf, Zum „Sittlerding“ im Nebenberuf.

Mit diesem großen Rübenfleisch Baden wird den Ringelstein, Betand: So ein fetten dämlischer Hund!

Die „Schulung“ der jungen Leute, welche lediglich auf Verächtlichmachung hervorragender Politiker der Reichs- und der preußischen Regierung hinausläuft, zeigt ostentativ das ganze Milieu des Nationalsozialismus.

Und solche Leute wundern sich noch, wenn der heutige Staat sich ihnen gegenüber energisch zur Wehr setzt.

Jeder Gegner der Nazis ist ein persönlicher Feind

Wie der Landbund erobert werden soll

Nachdem zwischen dem Gauleiter Baden der NSDAP, und dem landwirtschaftlichen Gaufruchtberater Piesch einerseits und dem Landbundspräsidenten Franz Fr. Mayer-Großhagen andererseits grundsätzlich festgelegt war, die Mitglieder des Landbundes in die NSDAP überzuführen — die Aussprache fand am 1. April 1931 im Fraktionszimmer der NSDAP, im Badischen Landtag statt —, wurde es von der NSDAP, als eine wesentliche Aufgabe bezeichnet, den Landbund von unten her zu erobern und das Personal der Kreis- und Bezirksstellen des Landbundes für die NSDAP zu gewinnen.

Die Mittel und Grundzüge, nach welchen die Eroberung des Landbundes von unten her erfolgen soll, hat der agrarpolitische Gaufruchtberater in folgenden, für die Moral der NSDAP, sehr bezeichnenden Sätzen zusammengefaßt:

„Es muß heute für jeden Pa. als Grundgesetz gelten, jeden als seinen Gegner zu betrachten — nicht nur politischen Gegner, sondern persönlichen Feind —, der noch gegen uns steht und auch den, der uns noch gleichgültig gegenübersteht. Ganz besonders ist es den Führern irgendwelcher Berufsorganisationen gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß alle, die in ihrem Kampf gegen uns nicht nachlassen und kritische Neutralität üben, später dort nichts mehr zu suchen haben, wenn wir die Macht im Staate haben. Man muß diesen Herren mit dem Saunspieß winkeln. Ob wir sie dann weiter im Antez lassen, braucht man ihnen nicht gerade unter die Nase zu reiben.“

„Die Zeit ist jetzt vorbei, wo noch mit besonderer Rücksichtnahme diesen Leuten gegenüber gearbeitet und geübt werden muß. Es geht heute um Sein oder Nichtsein, und da hat alle Weichsheit zu verschwinden und der kalten, nüchternen Ueberlegung Platz zu machen. Handeln sie immer im Hinblick auf unser Ziel mit aller Schärfe, Kälte und Rücksichtslosigkeit. — Rücksicht auf die Familie eines solchen Menschen darf nicht genommen werden —, dann handeln sie richtig.“

Das sind ja nette Grundzüge, die da propagiert werden. — Der landwirtschaftliche Fachberater und die NSDAP, sind sich, wie weiter gelagt wird, der Schwierigkeiten bewußt, die durch eine berufständische Amorganisierung der Landwirtschaft entstehen können, „denn der freie Bauer möchte sich nicht dem Arbeiter gleich zu einer Gewerkschaft zusammenschließen und doch muß dieser Gedanke unter den Bauern propagiert werden.“

Die Nazis möchten also die Bauern zu einer nationalsozialistischen Gewerkschaft zusammenschließen. Werden die badischen Bauern so kurzfristig sein? Wir glauben es nicht!

Alle diese Feststellungen zeigen, welcher Art die Produkte sind, welche die nationalsozialistische Erziehung an den Tag bringt. Das Material soll wohl die Unterlagen für die Habilitationsschrift von Hitler als Professor der Pädagogik an der Technischen Hochschule in Braunschweig erbringen. Der Titel könnte dann am besten lauten: Der Bod als Gärtner.

Professor der Pädagogik



Professor Adolf: „Jetzt werde ich Ihnen mal Unterricht im Regieren erteilen, Herr Reichspräsident. Sie haben ja keine bloße Ah., ung, wie man sich effektiv hingustellen hat.“

Kriegsopfertragung

Am Sonntag, den 14. Februar, tagte in Karlsruhe der Landesvorstand des Bundes der Reichsbundes der Kriegsbeschädigten...

Die Auffassung des Landesvorstandes hierzu wurde in folgender Entscheidung zusammengefasst:

Der Landesvorstand für den Gau Baden des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsernterleidenden...

Der Landesvorstand hat es für notwendig gehalten, der von Herrn...

Der Bundesvorstand des Reichsbundes ist erneut ersucht worden, im Sinne der Beteiligung oder wesentlichen Mitwirkung...

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Weststadt

Die am 13. ds. Mts. abgehaltene Hauptversammlung des Bezirks Weststadt war gut besucht...

Die anschließenden Wahlhandlungen eine kleine Veränderung...

Die Polizei berichtet:

Tierquälerei

Ein Fuhrmann aus Darlanden wird angezeigt, weil er gestern Abend in Mühlbach die Pferde seines Fuhrwerkes in ärgersertiger Weise durch Peitschenhiebe roh mißhandelte...

Zurückgekehrt

Die am 15. Februar 1932 im Polizeibericht als vermisst gemeldete Ehefrau Hermann ist wieder nach Hause zurückgekehrt...

Lichtspielhäuser

Erdbeben als Filmdrama

Nachdem zum erstenmal in der Filmgeschichte das Erdbeben, dessen Auswirkungen sofort an Ort und Stelle nach unserm dem trübsten Eindruck...

Tageskalender der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe

General-Versammlung

Mittwoch, 17. Februar, 20 Uhr, im „Elefanten“ Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Beratung eingegangener Anträge. 3. Neuwahl des Vorstandes.

Frauentagung

Die Mitglieder des Vorstandes werden zu einer Vorstandssitzung auf Donnerstag abend zünftig 8 Uhr in die Gambrius-Halle gebeten.

Bezirk Oststadt

Der Vorstand und die Vertrauensleute treffen sich heute abend 7 Uhr (vor der Versammlung) im Elefanten.

Frauentagungsgruppe der Bezirke Ost-, Mittel- und Südweststadt

Donnerstag, 18. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal der Arbeiterwohlfahrt, Karl-Friedrich-Str. 22, Gesehens. Gen. Redakteur Eisele spricht über „Aus Geschichte und Zukunft des Zeitungswesens“.

Veranstaltungen

Internationale Ringkämpfe im Colosseumtheater

Wieder sind die Ringer eingeladen und der gute Besuch hat den Beweis erbracht, welche große Beliebtheit sich die anlässlich wiederkehrenden Ringkampfveranstaltungen...

Die Lebensschick der Gefolgsglieder. Ueber dieses Thema spricht in zwei großen öffentlichen Vorträgen am Donnerstag, den 18. und Freitag, den 19. Februar...

Mittwoch, den 17. Februar 1932: Badisches Landes-theater: 6. Zehnminutenkonzert. 20 Uhr. Colosseum-Theater: Internationale Ringkämpfe. 20.30 Uhr. 20 Uhr. Sonntag: Badische Tischspiele: Karibou. Bergli die Post nicht. Die große Brandkatastrophe im Stuttgarter Schloss. 20.30 Uhr.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte Wetterausgaben für Donnerstag, 18. Februar: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstand des Rheins

Basel 48; Waldshut 166, gef. 1; Schaffhausen 13; Rehl 160, gef. 8; Mainz 332, gef. 6; Mannheim 188, gef. 1; Caub 120, gef. 3 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungsstellen. 12. Febr.: Janno Eisenhauer, alt 71 Jahre, Witwe von Hermann Eisenhauer, Baurat. Feuerbestattung am 16. Febr., 15 Uhr. Johann Eissa, Tagelöhner, alt 67 Jahre. — 13. Febr.: Robert Bothe, Bezirksdirektor a. D., alt 45 Jahre. Emma Pflü, alt 49 Jahre, Ehefrau von Hermann Pflü, Gewerkeinspektor. Klara Schneider, alt 78 Jahre, Witwe von Josef Schneider, Händler. Beerdigung am 16. Febr., 13.30 Uhr. Marie Koelle, alt 33 Jahre, Ehefrau von Anton Koelle, Kaufmann. (Degglingen.) Sofie Knobloch, alt 70 Jahre, Ehefrau von Theodor Knobloch, Hilfsarbeiter. Beerdigung am 16. Febr., 15 Uhr. — 14. Febr.: Lorenz Vogel, Hilfsarbeiter, ledig, alt 64 Jahre. Beerdigung am 16. Febr., 14 Uhr. Friedrich Faulhaber, Schriftfeger, ledig, alt 70 Jahre. Beerdigung am 16. Febr., 14.30 Uhr. Luise Schwander, alt 55 Jahre, Ehefrau von Eduard Schwander, Schlosser. Feuerbestattung am 16. Febr., 14 Uhr. Karl Neu, Maschinenarbeiter, Ehemann alt 87 Jahre. Beerdigung am 16. Febr., 15 Uhr. Karoline Haer, alt 69 Jahre, Ehefrau von Georg Haer, Hirtengehirte. Beerdigung in Philippsburg am 17. Febr. — 15. Febr.: Albert Langenbrunner, Reichsbahnoberinspektor a. D., Ehem., alt 67 Jahre. Beerdigung am 17. Febr., 14.30 Uhr. Else Bieker, alt 25 Jahre, Stütze, ledig. Feuerbestattung am 18. Februar, 11 Uhr. — 15. Februar: Martin Schneider-Bensler, Lagermeister, Witwer, alt 64 Jahre. Beerdigung am 18. Februar, 14 Uhr. — 16. Februar: Sofie Reutter, alt 77 Jahre, Witwe von Selmut Reutter, Zollassistent. Beerdigung am 18. Februar, 13.30 Uhr. Maier David, Reifenher, Ehemann, alt 61 Jahre. Johann Bumen, Steuerbeauftragter a. D., Ehemann, alt 72 Jahre. Beerdigung am 18. Februar, 14.30 Uhr.

Auch bei beschleunigtem Abflussstand kann die Hausfrau nicht fröhliche Stunden, Söhne, Gemahle usw. auf den Tisch bringen, wenn sie Nagal's Fleischbrühevermittel verwendet. Alle damit bereitgestellten Gerichte schmecken gerade so, als ob sie mit Fleisch gefüllt wären. Dabei sind Nagal's Fleischbrühevermittel billig, und außerdem gibt es auf Nagal's Fleischbrühevermittel, wie auch auf alle anderen Nagal-Produkte Aufschneide, deren festliches Sammeln durch wertvolle Prämien belohnt wird.

(.) Deutscher Metallarbeiter-Verein - Verwaltungsstelle Karlsruhe. Auf Grund des § 5 unseres Ortsstatuts berufen wir auf Sonntag, den 28. Februar, vormittags 9.30 Uhr, nach Karlsruhe, in den „Elefanten“, Kaiserstraße 42, unsere diesjährige Generalversammlung ein. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht über das Jahr 1931. 2. Neuwahl der engeren und mittleren Verwaltung. 3. Anträge. Um pünktliches Erscheinen der Delegierten wird gebeten. — Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens Montag, den 22. Februar, in Händen der Ortsverwaltung sich befinden.

Letzte Nachrichten England und Hindenburg

WIR, London, 16. Febr. Der Entschluss Hindenburgs, im Alter von 84 Jahren von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren, findet in der ganzen Morgenpresse rückhaltlose Bewunderung.

Daily Express nennt Hindenburg den Rettungsanker des Deutschen Reiches, und Times schreibt: Der alte Feldmarschall hat der Republik während aller Wechselfälle der sieben Jahre seiner Amtszeit so weise und so loyal gebietet, daß es passender gewesen wäre, wenn ihm angesichts seines Alters das Verlassen einer Berufung auf die Volkstimme erspart geblieben wäre. Erstreckungsweise haben Vaterlandsliebe und strenges Pflichtgefühl diesen treuen Diener seines Landes veranlaßt, auf die wohlverdiente Ruhe zu verzichten. Im Auslande genießt er nicht weniger Achtung. Sein Entschluss ist ein Glück für Deutschland und für Europa.

Einträge bei der amerikanischen Delegation in Genf

WIR, Genf, 16. Febr. Zu Gerüchten über Einträge bei der amerikanischen Delegation wird von amerikanischer Seite mitgeteilt: Am 2., 3. und 4. Februar erfolgten nachts Einträge, zuerst bei Gibson, dann bei Senator Stanton und schließlich bei dem Freisattler. In allen Fällen wurden die Koffer offenbar nach politischen Dokumenten durchsucht. Entwendet wurde nichts. Wie man hört, soll der Chiffrierschlüssel gestohlen worden sein.

Bouisson gestorben

Paris, 16. Febr. Der Ehrenvorsitzende der Liga für Menschenrechte, Ferdinand Bouisson, der vor einigen Jahren zusammen mit Prof. Quibde den Friedensnobelpreis erhielt, ist heute vormittag im Alter von 90 Jahren gestorben.

Seltener Eisenbahnunfall

Stuttgart, 16. Febr. (Via. Meldung.) Ein seltener Eisenbahnunfall ist nachs einem Güterzug zwischen Hock und Eutingen ausgebrochen. In einem Wagon waren acht Stück Rindvieh untergebracht, die von Tuttlingen nach Röhlfeld befördert werden sollten. Auf der Fahrt zwischen den beiden genannten Stationen stürzte sich aus einem unbekannt gebliebenen Grunde die Schiebetür und in Eutingen bemerkte das Personal zu seinem Schrecken, daß nur noch ein Tier im Wagon war. Als man auf der Strecke nachsichtig fand man beim Wühlern Tunnel die ersten Spuren in Gestalt einer unfürhlich zertrümmerten Masse von Fleisch- und Knochenstücken, die längs des Gleises zerstreut lagen. Nach längerem Mühen fand man die übrigen sechs Stück lebend und unverletzt in der Nähe. Sie waren nur ein bißchen erschrocken, sonst aber durchaus gesund. Ein Teil der Tiere hatte sich im nahen Tunnel untergekauft und wartete hier vertrauensvoll auf das Kommende. Man fischte sie, da dieser Stall immerhin ungeeignet war, nach Hock zurück und packte sie erneut in einen Wagon, um sie ihrem Bestimmungsort zuzuführen.

Gewerkschaftliches

Neue Kämpfe im Zigarrengewerbe. Die Bezirksgruppe Schleien des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller hat schon jetzt den Bezirksarbeitsvertrag und die Löhne vorsorglich zum 30. April gekündigt und Änderungen angemeldet. Die Zigarrenfabrikanten — allem Anschein gebt die Kündigung auf einen Beschluß des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller zurück — haben es mit der Kündigung fürchtbar erlitten. Sie wollen Durchschnittsverdienste von 32,5 Pfennig noch weiter abbauen. Noch ist der Preisausgleich nicht durchgeführt und da kommen schon wieder neue Lohnkämpfe bevor.

Kleine bad. Chronik

Passiver Widerstand gegen eine Zwangsversteigerung. Forstheim, 16. Febr. In Schellbrunn sollte am Samstag vormittag bei einem hiesigen Bürger zwangsversteigert werden. Dieser hatte einen Prozeß wegen eines Pferdes wiederholt verloren. Als nun der Gerichtsvollzieher erschien, sammelte sich eine große Menschenmenge an. Der Gerichtsvollzieher hat einige Leute, ein einjähriges Kind vom Stall auf den Versteigerungsplatz zu bringen, was aber niemand tat. Auch der Polizeibeamte verweigerte diesen Dienst, und entschuldigte sich damit, daß er einen kranken Finger habe und zu alt sei. Da der Vollzugsbeamte großen Hartempfindungen ausgesetzt war und auch verfechtete Drohungen zu hören waren, entfernte er sich vorläufig.

Mannheim. In der Hefenballagenfabrik Hoffmann (Waldhofstraße) explodierte gestern mittag kurz nach 12 Uhr mit starker Detonation ein Trogofen, vermutlich durch die Bildung von Kohlenoxydgas. Die Explosion zertrümmerte eine Anzahl Fensterscheiben und riß die Fensterrahmen aus den Mauern. Da in dem Betrieb um die fragliche Zeit Mittagspause gehalten wurde, sind Arbeiter nicht verletzt worden.

Sodenheim. Hier verbrühte sich das Kind eines Gastwirts derart, daß es nach zweitägigen qualvollen Leiden starb. Neustadt, Amt Ueberlingen. In Leutkirch wurde der acht Jahre alte Sohn des Herrn Baus von hier von einem Pferd so unglücklich an den Kopf getreten, daß er eine schwere Schädelverletzung erlitt. Er wurde lebensgefährlich verletzt. St. Georgen i. Schw. Am Samstag nachmittag hat sich hier der ledige Gustav Adolf Dert mit einem Zimmerkuchen einen Schuß in die Schläfe beigebracht, so daß er nach drei Stunden verchied. Liebestummer dürfte der Grund zur Tat sein.

Dereinsanzeiger

Die in 4 Seiten 60 Pf. die Zeile. Vereingangsmitgliedern finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden um Bestätigung ersucht. A. D. S. Karlsruhe-Durlach-Etlingen. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, findet im Volkshaus eine Betriebsräte-Versammlung für alle auf dem Boden der Gewerkschaften und der SPD. stehenden Betriebsräte statt. Kollege Schulenburg spricht über das aktuelle Thema „Der Kampf der Unternehmer gegen die Gewerkschaften“. Es ist Pflicht unserer Betriebsräte, geschlossen an dieser Versammlung teilzunehmen. Der Vorstand.

Obstredakteur: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Goltzi, Reichardt, Baden, Volkswohl, Aus der Welt, Letzte Nachrichten, E. Grubbaum, Badtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Badische Chronik, Aus Mittelsbaden, Kurier, Gerichtszeitung, Neustadt. Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepöbel, Sozialer Kumbach, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendvolk, Delmat und Wandern, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Rüdger. Ehemalige Wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund und G.m.d.H., Karlsruhe.

Zur Konfirmation u. Kommunion

Kommunionkleid wollkripp mit reich. Stick-Verz. u. Falten, Gr. 70 Jede weitere Größe 1,- mehr	11.75	Wollbatist doppeltbreit, schwarz u. elfenbein Meter	2.90
Konfirmationskleid kunsts. mit schöner GröÙe de Chine-Garnitur	12.75	Crépe Elvira reine Wolle, ca. 120 cm breit, schwarz u. elfenbein Meter	3.25
Mädchen-Taghemd Tüllgerform, mit guter Stickerei . . . Größe 70 Jede weitere Größe, 5 cm, 15,- mehr	0.95	Fleur Diagonal reine Wolle, ca. 90 cm breit, elfenbein Meter	4.25
Kunsts. Unterröckchen mit hübscher Spitze, für 9-14 Jahre . . .	1.95	Velvet gute Körperqualität, ca. 70 cm breit Meter	3.75
Schlupfhosen in hellen Farben, Mako, für ca. 9-14 Jahre 1.05	0.95	Fiamenga Wolle mit Kunstseide, ca. 100 cm breit Meter	3.75
Handschuhe Leinen imit., 2 Druckknöpfe, vorzügliche Passform	1.25	Kunsts.-Marocain ca. 100 cm breit, unsere bewährte Qualität, Meter	1.95
Umschlagtücher weiß, reine Wolle	4.90	Handschuhe Bemberg, künstl. Seide bestes Fabrikat	1.75
Strümpfe künstliche Seide plattiert, maschensicher	1.30	Oberjackchen reine Wolle, w.f., 2.75	1.85
1x1 gestr., feinfädig, Baumwolle Mako, Größe 6, Paar	1.-	Schwarz Nubuck u. Lackspangen mit aparten Verz., 36-42	4.65
	0.50	Lackspangen mit Metallverzierung, Blockabatz, 36-42	5.90
Kommunion-Anzug aus gut. Kammergarn, Sportform, mit Rundgürtel und weißen Überkragen . . . Größe 70 Jede weitere Größe 1.25 mehr	16.75	Konfirmanden-Hemden durchgehende Popeline	2.75
Konfirmations-Anzug aus gut. Kammergarn, Sportform, mit lang. Hose	29.75	Konfirmanden-Kragen garantiert 4 fach	0.35
Bursch.-Lackhalbschuhe Original Goodyear gedoppelt, 36-39	6.90	Konfirmanden-Hüte blau oder schwarz	2.45
Boxc.-Burschenhalbschuh schwarz, „Orig. Goodyear Welt“, 36-39	8.45	Konfirmanden-Schirme in Halb- oder Kunstseide	2.95



Kommunion-Kleid in Art wie Abb. Wollkripp, markiert, Bolero, 70 cm lang 13.75 Jede weitere Größe 75,- mehr

HERMANN KARLSRUHE

Badisches Landes theater
Mittwoch, 17. Febr.
6. Sinfonie-Konzert
Leitung: Josef Srips
Solisten: Ottom Bogat, Heinrich Müller, Ewaldy, Karonefer, Lönze (Erklauführung)
Wagart: concertante Sinfonie für Sologitar und Solobrasche
Richard Strauß: Lob und Verklärung.
Anfang 20 Uhr
Ende 21.30 Uhr
Freiße: 1.20-4.00,-
Do. 18.2. Loeca. Fr. 19.2. Diebeim mit der Willen
Seraul. Der Nian-tyrod. Sa. 20.2. Napoleon oder Die Hundert Tage. So. 21.2. Nachmittags: Kammer-Symmetrie. Abends: Zum ersten Mal. Das Herz. Im Konzerthaus. Reine Sortierung.
Dieauer u. Juhl. 22.2. alt nicht Arbeit gleich
Wirt. Ju erit Ringen-felder, Mollstr. 139, p
Für 15-jährig Jungen
Büchereifelle
geucht. Of. unt. Nr. 1248 an den Volksfr.

Resi Waldstr. 30 *Heute Premiere*
Der bebende Berg
(Die Nacht der Erkenntnis)
Die neue Gebirgs-Tonfilm-Schöpfung
Hanns Beck-Gadens, die zum ersten Male die Aktualität einer Naturkatastrophe mit den menschlichen Geschismissen zum dramatischen Schauspiel verknüpfte
Ein grandioses Drama der Bergwelt und zugleich ein erschütternder Tatsachenbericht über das ständig von Erdbeben bedrohte Tiroler Dörfchen Namlos!
Darsteller: 1244
Hilda Rosch, Hanns Beck-Gadea, Hanna Waag, Albert Kersten, Fritz Müller u. a. m.
Dazu:
Reichhaltiges, ausgewähltes Beiprogramm
Wegen seines hohen ethischen Wertes wurde dieser Film auch zur Vorführung in Jugendl. freigegeben!

Pädagogium Karlsruhe
(private Lehranstalt und Schülerheim) gegr. 1907
in ruhiger, angenehmer Lage, unterrichtet Knaben und Mädchen nach dem Lehrplan der badischen Oberrealschulen Sonderkurse in Latein u. Griechisch Vorbereitung zu Aufnahmeprüfungen in entsprechende staatl. Anstalten, zur Primarstufe, zu Abitur und Eränzungsprüfung. Kleine Klassen und bewährte individuelle Unterrichtsweise sichern raschen Erfolg.
im Schülerheim können auch Angehörige staatl. städtischer Lehranstalten Aufnahme finden (zeitgemäÙe Preise). 1245
Gewissenhafte Beaufsichtigung. — Auf Wunsch Ueberwachung der Aufgaben. — Eltern-Beratung.
Anmeldungen u. Aufnahme jederzeit. Prospekt frei.
Karlsruhe, Bismarckstr. 69 und Baischstr. 8. Tel. 3165.

Todes-Anzeige
Nach Gottes unerforschlichem Rat-schluss ist unser lieber Vater, Schwieger-vater, Großvater, Bruder und Onkel
Florian Neumaier
Altammwirt in Karlsruhe
am 15. Februar 1932 im 76. Lebensjahre, wohlversehen mit den heiligen Sterbe-sakramenten, nach kurzer Krankheit sanft entschlafen. 1246
Karlsruhe, Pforzheim, 16. Febr. 1932.
Im Namen der tieftrauernden Hinter-bliebener:
Eugen Neumaier, Gastwirt
Fanny Schmidt geb. Neumaier
Paula Neumaier geb. Lienbacher
und Enkelkinder
Franziska und Annerose
Beerdigung: Donnerstag, den 18. Februar 1932, nachmittags 3 Uhr.

Trauerakt
anlässlich des Volkstrauertages zum Gedächtnis unserer im Weltkriege gefallenen Brüder
am Sonntag, den 21. Februar 1932, vormittags 11 Uhr, in der Carl-Franz-Halle
Die gesamte Bevölkerung wird hierzu eingeladen.
Wir bitten:
1. die Mitbürger, an diesem Tage HalbmaÙ oder mit Trauerfrock zu fassen;
2. die Vereine, sich vormittags 9 Uhr mit ihren Fahnen im Trauerfrock vor dem Rathaus zu sammeln und geschlossen in die Kirche und von dort in die Carl-Franz-Halle zu begeben.
(Beginn der Gottesdienste: Bei den Katholiken und Evangelischen um 9.30 Uhr, bei den Israeliten um 10 Uhr vormittags.)
Die Krieggräber im neuen Friedhof werden am Samstag, den 20. ds. Mts., wieder durch Schiffsinder gesäubert. Die hiesigen Kirchen veranstalten zu Ehren der Gefallenen — wie überall in Deutschland — am Samstag abend von 8 bis 8.10 Uhr und am Sonntag mittag von 1 bis 1.15 Uhr ein Trauergeläute.
Kastatt, den 16. Februar 1932.
Der Oberbürgermeister
Renner
Der Vorstand des
Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Ortsgruppe Kastatt
Raether, Oberst a. D., 1. Vorsitzender
Roth Franz, Rechtsanwalt, 2. Vorsitzender. 299

Todes-Anzeige
Freunden und Bekannten die trau-erliche Nachricht, daß mein lieber, guter Vater
Martin Schneider-Hensler
Lagermeister
nach kurzem Krankenlager gestorben ist.
Karlsruhe, 17. Februar 1932.
In tiefer Trauer:
Willy Schneider-Hensler
Trauerhaus Wilhelmstraße 4, 1. Stock
Die Beerdigung findet am Donnerst- tag, 18. Februar, 14 Uhr, statt. 1257

Schlafzimmer
Jedes Brautpaar wür- de sich gerne ein besse- res u. leuceres Schlaf- zimmer leisten, wenn die Zeiten nicht so leicht wären. Sie wollen doch lieber ein einfaches, bil- liges Schlafzimmer tau- fen, als sich mit einem teureren große Schulden auf den Hals laden. Wir bieten hier Ihnen ein schönes Schlafzim- mer für 125,- Mk. an. Es ist ein Zimmer, es wir einem Wirt- geimer Stunden geliefert hatten, und der es nun- mehr gegen ein teures umgetauscht hat. — Es be- steht aus 1 Garde- robezimmer mit reichlich Stab für Kleider und Wäsche, 1 Waschtom- me mit Spiegelau- lag, 2 Nachttische, 2 Bett- stellen, 2 Stühle, 1 Hand- schuhhalter, 2 Kratzen, die wir in eigener Sol- derei herstellen. Können wir Ihnen ebenfalls sehr billig dazu liefern. — Sagen Sie doch Sun- und mögen diese gün- stige Gelegenheit recht- zeitig aus.
Wirtshaus
Marx Kahn
Waldstr. Nr. 22
(neben Colosseum).

Danksagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche uns bei dem uns so schwer betroffenen Verlust erwiesen wurden, sagen wir allen anheim ber- rührenden Dank. Auch Dank allen, die unserer lieben Verstorbenen während ihrer langen Krankheit so mancher Gute erwiesen haben.
Karlsruhe, den 17. Februar 1932.
Herdstraße 114
Eduard Schwander

Tagesbefehl zur Musterung!
ab heute Mittwoch, 17. Febr. nachm. 2.30 Uhr haben sich sämtliche waffenfähigen Männer u. Frauen, der männlich u. weiblich Landwehr, die ganze karlsruher Jugend beim Bezirks- **UT** Kaiser- straÙe 211 zur Musterung einzufinden!
Der schönste Mann im Staate
wird Sie alle einer eingehenden Musterung unterziehen.
Es erwarten Sie:
Fritz Bieschke, Schreiber . . . Siegfried Arno Major v. Leiser . . . R. A. Roberts Oberstleutn. v. Matuschka . . . L. v. Ledebur Feldwebel Krall . . . Hugo Fischer-Köppe Horta, seine Tochter . . . Liisi Anna Dr. Hans Winter, Leutn. d.R. C. Vespermann Juliuschka . . . Camilla Spira
Diese Musterung wird lachender, humorvoller und lustiger sein wie jene bei „Reserve hat Ruh“
Beginn der Musterungen jeweils:
2.30 4.30 6.30 8.30
Eintrittspreise von 70 Pf. an. Erwerbslose nachmittags 60 Pf. Jugendliche nach- mittags von 40 Pf. an. Sämtliche Frei- und Ehrenkarten vorläufig unarbeits.
Eintrittskarten für die Abendvorstellung rechtzeitig bestellen. Telefonische Anmel- dungen täglich von vormittags 10 Uhr an unter Nr. 7668. Vorverkauf an der Tages- kasse von nachmittags 2 Uhr an. 1251

Städt. Sparkasse Karlsruhe
Vorschaubild n. unabh. u. arbeitsvertr.
Spar-Alphabet
Willst Du Dich vor Dieben schützen, mußst ein Schließfach Du besitzen.

In jede Familie den Volksfreund
Ettlinger Anzeigen
Zenerkarten 1931 betr. Diejenigen Arbeitnehmer, die vor dem 31. 12. 1931 aus dem Arbeitsverhältnis ausge- schieden sind, werden aufgefordert, ihre Zener- karten 1931 binnen 1 Woche auf dem Rat aus- immer 11, abzugeben.
Ettlingen, den 15. Februar 1932.
Der Bürgermeister.

Colosseum
Heute 8.30 Uhr
Internation. Ringkämpfe
Ab 8 Uhr
Konzert
MBlise 1250
Eintrittspreise!
2 Zimmer mit Brau- erie oder 3-Zimmer- wohnung per sofort o. später 3. miel. geucht. Biete wird vorausbe- zahlt. Angebote unter S. 259 an den Volksfr.
Gehes Lager mit Ge- rage (Wahlstadt) auf 1. Woz zu mieten gef. Of. unt. Nr. 1247 an den Volksfreund.
1-Zimmer-Wohnung mit Alt- und Küche auf 1. Woz zu vermiet. MBlise. Schwanenstr. 3, 1.
Möbl. Zimmer mit elektr. Licht u. sep. Eing. billig zu verm. Kriegsstr. 169, III.
Möbl. Zimmer mit elektr. Licht u. sep. Eingang. 27. Rebenstr. 26, II (Fnt)

Billige Fleisch- u. Wurstwaren- Woche!
SUIZE pikant 1/10 Pfd. 38
Bayerischer Bier- u. Leberpressack 50
Speckblutwurst 1/13 Pfd. 50
Sireichleberwurst 1/20 Pfd. 75
Bayer. Bierwurst 1/25 Pfd. 1.-
1 Wagon Bayerische Leberwurst 78
in 2 Pfd.-Dosen Dose bekannt gute Qualität ausverw. Pfd. 49 1/25 1/13
Speck geräuchert 1/10 Pfd. 69
Hollst. Rauchfleisch 98
Pfund 98
Bayer. Rauchfleisch 1.18
Pfund
Salami b. franz. Wurst 1.15
Pfund
Cervelat in Fettdarm 1.35
Pfund
Schweinskopfleber 60
1/16 Pfd.

Pfaukuch
und 5% Rückvergütung